

Zugestellt durch post.at

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Schulkonzept
- 0 Bodenversiegelung
- 0 Airpower
- 0 Regierungskrise

Budget 2022:

Schwierige Finanzlage, zu wenig soziale Handschrift



Die politische und wirtschaftliche Lage in der Coronakrise und die „ökosoziale“ Steuerreform der schwarz-grünen Bundesregierung haben große Auswirkungen auf das Gemeindebudget. Die Unterfinanzierung der Gemeinden, die schon vor Corona ein Problem war, verschärft sich.

Allein die Steuerreform wird den Gemeinden zusätzlich 800 Millionen Euro im Jahr kosten. Deshalb, weil große Unternehmen durch die Senkung der Körperschaftssteuer weniger Steuern zahlen. Dieses Steuergeschenk geht auf Kosten der Gemeinden - und damit letztlich auf Kosten der GemeindebürgerInnen.

Während die Wirtschaft Milliardenförderungen ohne Rückzahlungsverpflichtung erhalten hat, werden Unterstützungsmittel der Gemeinden bei den künftigen Steuerauszahlungen des Bundes wieder einbehalten. Das ist genau das Gegenteil einer sozial gerechten Umverteilungspolitik, die so dringend notwendig wäre.

Es gibt gute Gründe warum wir aus Protest gegen die Vorgaben der Bundesregierung den Voranschlag ablehnen. Aber es gibt auch vieles, das im Entscheidungsbereich der Gemeinde liegt, mit dem wir nicht einverstanden sind:

Automatische Gebührenerhöhungen

In Knittelfeld werden Gebühren, z.B. für Wasser, Kanal oder den Kindergarten jährlich automatisch valorisiert. Bei Sozialleistungen muss um Erhöhungen fast immer gekämpft werden. Die Lohn und Pensionserhöhungen werden heuer deutlich hinter der Inflation zurückbleiben. Die Energiepreise steigen haushoch, immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten ihre Kosten zu decken. **Wir meinen es wäre ein Beitrag zur Entlastung, die Erhöhung auszusetzen, wie es die Stadt Graz macht.**

42.000 Euro mehr für Öffentlichkeitsarbeit



Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit sollen von rund 271.000 auf 313.000 Euro steigen. Eine Steigerung, die wir in Zeiten wie diesen nicht nachvollziehen können.

In diesem Zusammenhang sind auch die gestiegenen Aufwendungen zur Förderung des Fremdenverkehrs zu nennen, rund 272.000 Euro. Davon sind **250.000 Euro für das Citymanagement** vorgesehen. Dass es durch den Wegfall der Zahlungen, die früher der Tourismusverbands geleistet hat, zu einer Steigerung

kommen würde, war klar. Eine Steigerung in dieser Dimension ist uns aber unverständlich.

Mehr Leasingpersonal

Im Kindergarten Frühlingsgasse sind 166.000 Euro für Personalleasing budgetiert. Begründet wird das mit Personalengpässen, die die Volkshilfe bzw. Leasingfirmen überbrücken. Dabei muss die Frage gestellt werden wieso Leasingfirmen und private Träger Personal finden und die Gemeinden nicht?



Elke Kahr, Renate Pacher und Claudia Klimt-Weithaler in Graz bei der Demo für bessere Arbeitsbedingungen der ElementarpädagogInnen.

Fortsetzung ➔

Die Auslagerung von Personal halten wir für eine Fehlentwicklung. Die KPÖ schlägt seit längerem vor durch die öffentliche Hand einen Pool an SpringerInnen im Kindergartenbereich zu schaffen, um nicht von Privaten abhängig zu sein. Außerdem gehören die Rahmenbedingungen für ElementarpädagogInnen dringend verbessert.



Straßenbelag der Lindenallee

270.000 Euro für die Herrengasse

Bei den Straßensanierung sehen wir es kritisch, dass für die Herrengasse, die eigentlich in einem gutem Zustand ist, 270.000 Euro budgetiert sind. Es gibt in Knittelfeld sicherlich viele Straßen, die in einem weitaus schlechteren Zustand sind, zum Beispiel die Lindenallee.

Für die desolate Lindenallee sind nur 19.000 Euro vorgesehen. Aus dem mittelfristigen Finanzplan kann

man ersehen, dass in den kommenden Jahren keine weiteren Mittel für die Lindenallee vorgesehen sind. Offensichtlich sind Prestigeprojekte mehr wert als desolate Straßen vor Schulen.

Auch wenn es Verbesserungen bei den Taxigutscheinen und einen Corona-Hilfsfonds gab, insgesamt vermissen wir eine deutliche soziale Stoßrichtung. Gerade in den Zeiten der Krise hat die öffentliche Hand die Aufgabe die Menschen zu unterstützen, Hoffnung und Sicherheit zu geben. Dass den Gemeinden dafür das Geld fehlt ist ein großes Problem, gegen das wir eigentlich gemeinsam ankämpfen müssten.

In Graz hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ sich zum Ziel gesetzt eine sozialere, demokratischere und freundlichere Stadt zu schaffen. In Graz wurden die Gebührenerhöhungen ausgesetzt und die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Parteienförderungen gesenkt. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen.

Die KPÖ stimmte dem Voranschlag nicht zu. Das Budget wurde von der SPÖ, aber auch von ÖVP und FPÖ kommentarlos mitbeschlossen.



Die Aufgabe einer sozialen Gemeinde: Den Menschen das Leben leichter machen!

Sorgen über die Zukunft oder die Gesundheit, Vereinsamung, psychische oder finanzielle Probleme. Viele Menschen durchleben gerade schwere Zeiten. Eine Gemeinde kann sicherlich nicht alle Probleme abfangen, aber einiges an Verbesserungen wäre dennoch umsetzbar. Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung dazu einige Vorschläge gemacht.

Einführung eines Teuerungsbonus

Die Teuerung macht es vielen Menschen schwer über die Runden zu kommen. Besonders die Dinge des täglichen Lebens und die Energiekosten werden immer teurer.

Zusätzlich haben viele Menschen auf Grund der Corona-Pandemie ein geringeres Einkommen z.B. durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder geringere Geschäftserträge.

Wir haben den Antrag gestellt der Gemeinderat sollte eine **einmalige Unterstützungszahlung von 50 Euro** beschließen. Die Einkommensgrenzen sollten so gewählt werden, dass möglichst viele KnittelfelderInnen anspruchsberechtigt sind. Unser Antrag wurde an den Sozialausschuss verwiesen, wir hoffen auf baldige Umsetzung.

Aussetzung der Mieterhöhungen

Der Gemeinderat hat beschlossen den Hauptmietzins für die gemeindeeigenen Wohnhäuser Kärntnerstraße 29, 31, 33, 35, 37, sowie Freiheitsallee 28, 30, 32 und 34 um 0,50 Euro pro m² zu senken, da diese Wohnungen nicht leicht zu vermieten sind.

Das ist sehr zu begrüßen, denn die Mieten sind ein wesentlicher Treiber für die derzeitige Teuerung. Das ist aber nicht nur für die MieterInnen der oben genannten Wohnungen ein Problem.

Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Gemeinde sollte die nächste Erhöhung der Mietzinse **aller anderen Gemeindewohnungen** einmalig aussetzen. Das heißt, sobald die nächste Erhöhung fällig wäre, soll der Hauptmietzins gleich belassen werden.

Unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ angelehnt. Allerdings wurde die Bereitschaft signalisiert über den Vorschlag zu diskutieren wenn Berechnungen auf dem Tisch liegen.

Verbesserung bei Taxigutscheinen

Im Sommer wurden die Taxitarife vom Land Steiermark deutlich erhöht. Wir haben angeregt, die Gemeinde soll bei ihren Taxigutscheinen nachbessern. Das wurde nun umgesetzt.

Ab 1. Jänner erhalten Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen statt monatlich 20 Stück die Gutscheine nun **in ungegrenzter Anzahl**. Menschen mit geringem Einkommen und Jugendliche erhalten nun **monatlich zwanzig** Gutscheine statt bisher zehn. Für diese Personengruppe kosten die Gutscheine vier Euro und sind sechs Euro wert.

Aus dem Gemeinderat

Aura - Weniger Transparenz durch GmbH

Die Gemeinde verfügt seit November über ein eigenes Bestattungsinstitut. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Das Unternehmen wurde aber als GmbH und nicht als Eigenbetrieb gegründet. So hat der Gemeinderat in wichtigen Fragen kein Mitspracherecht. Das haben wir kritisiert. Diese Gesellschaftsform hat auch praktische Konsequenzen. Über Anstellungen und Höhe der Entlohnung, aber auch über die Tarifgestaltung, entscheidet allein die GmbH.

Rücktritt VizebürgermeisterInnen

In der letzten Gemeinderatssitzung kündigten beide VizebürgermeisterInnen ihren bevorstehenden Rücktritt an. Martina Stummer wird aus persönlichen Gründen im März ihre Funktion zurücklegen und sich aus der Politik zurückziehen. Wir wünschen ihr alles Gute für ihren weiteren Lebensweg.

Rene Jäger tritt Ende Jänner als Vize-Bürgermeister zurück, sein Gemeinderatsmandat wird er behalten. Er hat bei der Aura Bestattungs GmbH der Gemeinde zu arbeiten begonnen. Sehr viele SPÖ-GemeindefunktionärInnen sind gleichzeitig Gemeindebedienstete. Das hat die ÖVP öfter kritisiert. Jägers Rückzug als Vizebürgermeister war demnach zu erwarten.

Anmietung Betriebsgebäude Jäger

Für die Aura GmbH wurde die Aufbahrungshalle erweitert und Büros und Schauräume angebaut. Zusätzlich wurde auch das ehemalige Betriebsgebäude der Firma Jäger, für monatlich 1.580 Euro plus Umsatzsteuer, angemietet. Rene Jäger fungiert als gewerbe-rechtlicher Geschäftsführer der Aura.

Krematorium - neue Konstruktion

Die Aura wird künftig gemeinsam mit den Stadtwerken Leoben, Judenburg, Bruck, Kapfenberg, Mürzzuschlag und Trofaiach das Krematorium betreiben. Das soll sicherstellen, dass das Knittelfelder Krematorium in Zukunft besser ausgelastet wird und konkurrenzfähig bleibt.

Private Reinigungsfirmen

Die Reinigung mehrerer gemeindeeigener Wohnhäuser wurde an private Reinigungsfirmen vergeben. Die KPÖ hat gegen diese Vergabe gestimmt. Wir meinen diese Arbeiten sollten durch Gemeindebedienstete erfolgen. Denn bei der Gemeinde sind Bezahlung und Arbeitsbedingungen sicher besser als bei privaten Reinigungsdiensten.

Die nächste Gemeinderatssitzung:

Do. 20. Jänner, Mo. 7. Februar,

Mo. 28. März, Mo. 27. Juni,

Mo. 26. September, Mo. 12. Dezember

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von den BürgerInnen besucht werden.

Verschlussache Schulkonzept?

Seit Jahren ist offen, was mit den verschiedenen Knittelfelder Schulstandorten geschehen wird. ÖVP und KPÖ haben mehrmals im Gemeinderat nachgefragt. Aber die Erstellung eines Schulkonzeptes war lange nur ein Schlagwort, die Zukunft unserer Schulen kein Thema im Gemeinderat.

Seit mehreren Monaten wird nun an einem Schulkonzept gearbeitet. Informationen über erste Ergebnisse und inwieweit LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen einbezogen werden gab es bisher nicht.

Im Rahmen der Beschlussfassung der Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen wurde ersichtlich, dass am 20. Jänner eine Sondersitzung des Gemeinderates zum Thema Schulkonzept stattfinden wird.

Wir haben im Gemeinderat nachgefragt, ob es im Vorfeld dieser Sitzung eine Vorstellung und Diskussion des Schulkonzeptes geben wird. Das ist sehr wichtig, denn bei einer Gemeinderatssitzung liegt bereits ein fertiger Beschlusstext vor und eine echte Diskussion ist nur mehr schwer möglich. Leider erhielten wir keine Antwort, unser Anliegen wurde ignoriert.

Welche Schulen es geben wird, und wo diese angesiedelt sind hat eine große Bedeutung. Damit die besten Lösungen gefunden werden ist es wichtig die Erfahrungen und Wünsche der Betroffenen in die Konzepterstellung einfließen zu lassen - und die Ergebnisse dann breit zu diskutieren. Bildungsfragen sind Zukunftsfragen. Ein Schulkonzept ist keine Verschlussache. Ich hoffe die Gemeindeverantwortlichen handeln danach.

KPÖ-Staträtin Renate Pacher



Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

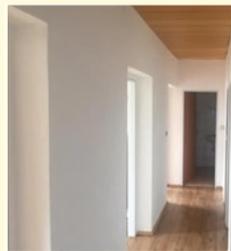
Garagen statt Grünland



Am Ingeringweg gibt es massive Bautätigkeiten. Unter anderem werden auch Mietgaragen gebaut. Es ist beängstigend wieviel Grünland verbaut und damit für immer zerstört wird.

Wir haben schon vor Jahren angeregt, die Gemeinde solle Grundstücke ankaufen um Flächen für Kinderspielplätze und Naturraum zu sichern. Kinderspielplätze verschwinden, Mietgaragen werden gebaut - eines der vielen Dinge, die in unserer Gesellschaft falsch laufen.

Wohnung zu vermieten



**Hochhaus, Sandgasse 8
Neue Küche, 3 Zimmer,
ca. 70 m² & Kellerabteil
Monatsmiete ca. € 570,-
(inkl. BK und HK)**

**Kontakt:
0676/7996811**

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



In Zeiten der Klimakrise für eine Alternative zur Airpower



Die KPÖ lud anlässlich des Abschlusses der Weltklimakonferenz in Glasgow zur Pressekonferenz nach Knittelfeld. Im Bild der Spielberger KPÖ-GR Erich Wilding, KPÖ Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und KPÖ-GR Josef Meszlenyi.

Während von der Bevölkerung ein Umdenken und nachhaltiges Verhalten gefordert wird, werden Ressourcen verschwendet als gäbe es kein Morgen.

KPÖ-GR Erich Wilding: „Die Airpower steht für einen verantwortungslosen Umgang mit Ressourcen und Umwelt. Wenn man von den Menschen ein Umdenken fordert, muss man das auch vorleben. Die KPÖ hat sich darum ein Konzept für eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Alternative zur Airpower überlegt.“ *

Vorgeschlagen wird eine Veranstaltung im Murtal, die Katastrophenschutzkapazitäten des Bundesheeres und anderer Einsatzorganisationen in den Mittelpunkt stellt. Unter Einbeziehung von KlimaexpertInnen soll eine mehrwöchige Veranstaltung geplant werden, die sich zum Ziel setzt das Bewusstsein über die Auswirkungen der Klimakrise zu stärken.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler betont: „Österreich und die Steiermark hinken bei der Erreichung der Klimaziele hinterher, in dieser Situation Steuergeld für so eine Veranstaltung auszugeben ist widersinnig. Die KPÖ hat die Airpower von Anfang an aus nachhaltigkeits- und friedenspolitischen Gründen abgelehnt. Durch die Verschärfung des Klimawandels wäre es umso drängender über Alternativen nachzudenken. Man kann viel über Nachhaltigkeit reden, man kann aber auch etwas tun!“

KPÖ-GR Josef Meszlenyi: „Die derzeitigen Bemühungen der Airpower eine grünes Mäntelchen umzuhängen sind absurd. Knittelfeld ist Klimaschutzgemeinde. Wer den Klimaschutzgedanken ernst nimmt kann nicht für die Airpower sein. Ich halte es aber nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch aus friedenspolitischen Gründen für verwerflich Kampfflugzeuge zu verharmlosen und Waffen zur Volksbeulustigung zu präsentieren“.

*** Interessierten schicken wir unser Konzept gerne zu. KPÖ-Knittelfeld, Tel.: 03512/82240, Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at**

Boden g'scheit nutzen – Grünflächen schützen!

Die Diskussion um das aufs Eis gelegte Bauprojekt in der Parkstraße und das aktuelle Bauvorhaben in der Dienesgasse zeigen: Grünflächen in Wohnnähe sind ein wichtiger Teil der Lebensqualität. Darauf wollen den viele Menschen zu Recht nicht verzichten. Angesichts des Klimawandels und ausufernder Bodenversiegelung ist jede freie Fläche als wertvolles Gut zu beachten, das es wert ist zu schützen.



Diese schöne Freifläche in der Dienesgasse soll mit Eigentumswohnungen verbaut werden.

Anlässlich der Ausstellung „Boden g'scheit nutzen!“, die im Rathaus zu besichtigen war, hieß es in einer Aussendung des Bürgermeisters „Knittelfeld gehört zu den am dichtesten besiedelten Gemeinden Österreichs. Mit bestehenden Freiflächen muss aus diesem Grund sehr sensibel umgegangen werden.“

Die KPÖ begrüßt das sehr, wir vermissen aber konkrete Schritte. Bezüglich Flächenfraß ist das Problembewusstsein in der Bevölkerung und bei vielen Verantwortlichen gestiegen. Beispiele für einen nachhaltigen Umgang mit Boden konnten wir der Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung entnehmen. Andere Gemeinden gehen mit Bausperren, Bebauungs- und Flächenwidmungsplanänderungen und Grundstückskäufen vor um Grünräume zu erhalten.

Knittelfeld muss in den nächsten Jahren einen

neuen Flächenwidmungsplan und ein neues Stadtentwicklungskonzept ausarbeiten. Der Auftrag für Vorarbeiten und Planung wurde um 90.000 € an die Firma Interplan ZT GmbH vergeben. Das wäre eine gute Gelegenheit sich zu überlegen, wie man Grünflächen durch raumplanerische Maßnahmen schützen kann.

Wir haben daher den Antrag eingebracht, dass der Bauausschuss sich mit Möglichkeiten auseinandersetzen soll, wie der verbliebene Bestand an Freiflächen erhalten werden kann. Leider wurde der Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Man wolle den Planungen der ExpertInnen nicht vorgreifen, war zu hören. Der Bürgermeister nannte unseren Antrag sogar einen „No-na-ned-Antrag“, weil man sich sowieso darum kümmern würde. In der Vergangenheit war davon leider wenig zu merken.

Die KPÖ ist der Ansicht, dass Raumplanung eine politische Angelegenheit ist und sich an den Interessen von BewohnerInnen und Natur orientieren muss. Die politisch Verantwortlichen müssen den ExpertInnen Aufträge vorgeben und klarlegen in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Die ExpertInnen müssen dann prüfen wie das umgesetzt werden kann.

Auf die Planungen der ExpertInnen zu warten bedeutet den Verzicht auf eigene Vorstellungen und Visionen - und das ist ganz sicher nicht wünschenswert!



*Wir wünschen allen Knittelfelderinnen und Knittelfeldern
alles Gute für 2022, soziale Sicherheit,
Frieden und viel Gesundheit!*



**Renate
Pacher**



**Sonja
Karimi**



**Josef
Meszlenyi**



**Sylvia
Lammer**



**Ihre KPÖ-
GemeinderätInnen
und die
KPÖ-Knittelfeld**

Protest der Pflegekräfte

Ohne bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung sind die Probleme nicht zu lösen!



Tausende Pflegebeschäftigte haben in den letzten Wochen und Monaten in vielen österreichischen Städten ein eindrucksvolles Zeichen für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege gesetzt. Auch in Knittelfeld fanden Protestkundgebung statt. An der Kundgebung vor dem Krankenhaus haben sich viele KnittelfelderInnen, die Gemeindevertretung und auch die KPÖ beteiligt.

Die Pflegekrise lässt sich nicht mehr leugnen. Laut OECD-Vergleich liegt Österreich bei der Anzahl der Pflegepersonen mit 7,7 pro 1.000 EinwohnerInnen europaweit im untersten Drittel, hinter Staaten wie Tschechien, Slowenien. Dadurch ist der Druck auf die einzelnen Beschäftigten enorm.

Jede zweite Pflegekraft denkt regelmäßig ans Kündigen. Schuld daran sind laut einer Umfrage unter Spitalpflegekräften hauptsächlich die sehr harten Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung.

Viele Beschäftigte – Pflegekräfte, ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen – leisten Großartiges, aber sie arbeiten am Limit. Sie brauchen dringend eine Entlastung. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne.

Trotz der Missstände im Pflegebereich sind auf bundes- und landespolitischer Ebene keine Lösungen in Sicht. Stattdessen wird die Anwerbung von Pflegepersonal aus Kolumbien oder den Philippinen vorbereitet.

Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Es braucht faire Arbeitsbedingungen und endlich die entsprechende Entlohnung!

Die wichtigsten Forderungen:

- ▶ Mehr Personal & Anhebung des Pflege-Schlüssels
- ▶ Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal
- ▶ Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand
- ▶ Höhere finanzielle Unterstützung für Menschen in Pflege-Ausbildungen



In der Pflege brennt der Hut! Die Beschäftigten in den Spitälern und Pflegeheimen arbeiten seit Jahren am Limit. Anstatt dem endlich Rechnung zu tragen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, stellten sich SPÖ und ÖVP weiterhin auf stur. Sie stimmten in der letzten Landtagssitzung gegen den KPÖ-Antrag, den Personalschlüssel in den Spitälern und Pflegeheimen endlich anzuheben.

Steiermärkische
SPARKASSE 

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT05 2081 5260 0000 0617

Trotz Teurung und Pflegekrise ist Korruption ihre Devise. Die Politiker, die sollen fluchen: jetzt kommt der Krampus sie besuchen!

KPÖ-Krampusaktion



Lock-Down-bedingt kam der Krampus bei der alljährlichen Verteilaktion der KPÖ heuer nur vor die Wohnungstüre.

Gedanken zur Regierungskrise

Die im Zuge Untersuchungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft veröffentlichten Chats haben ein politisches Beben verursacht. Drei Bundeskanzler innerhalb eines Jahres, zahlreiche Neubesetzungen und schließlich der Rückzug von Sebastian Kurz aus der Politik.

Die Gesprächsprotokolle zeigen - abseits der strafrechtlichen Dimension - ein erschütterndes Bild. Persönliche Machtambitionen, Intrigen und ein Politikverständnis, bei dem die Anliegen und Bedürfnissen der Menschen keine Rolle spielen.

Eine menschenverachtende Sprache in der Parteil Kollegen als „alten Deppen“ und Menschen als „Tiere“ und „Pöbel“ bezeichnet werden. Und keiner der Involvierten mahnt einen anderen Umgangston ein.

Besonders empörend sind die Chats rund um die Abschaffung der kalten Progression und das Recht auf eine flächendeckende Nachmittagsbetreuung. Hier wurden finanzielle Besserstellungen für die Bevölkerung und die für die Chancengleichheit der Kinder so wichtige Nachmittagsbetreuung torpediert um den eigenen Aufstieg voranzutreiben.

Es geht nicht um politische Visionen, sondern einzig um die eigene Macht. An den Chats lässt sich auch ablesen wie eng Wirtschaft, Medien und Politik verflochten sind. Die große Masse der Bevölkerung ist bloß Manövriermasse, die durch Medien, noch dazu auf Kosten der SteuerzahlerInnen, bewusst manipuliert wird.

Man gibt vor für das Wohl Österreichs zu arbeiten. Manchmal gibt es kleine Verbesserungen für die Bevölkerung, aber im Hintergrund wird im Interesse der Wirtschaft agiert. Und nebenbei ohne Skrupel hochbezahlte Posten unter Freunden und Bekannten aufgeteilt.

Kommen diese Machenschaften an die Öffentlichkeit wird die Justiz angepatzt und nicht das ge-

ringste Unrechtsbewusstsein gezeigt. Dass die Grünen dieses System durch ihre Regierungsbeteiligung stützen rundet das Bild ab.

Die Verteidigungslinie der ÖVP ist es, zu behaupten dass solche Machenschaften in der Politik gang und gäbe wären. Wir meinen, das Agieren in einer solchen Dreistigkeit ist eine neue Dimension. Dass Politik so verkommen kann hat auch damit zu tun, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden. Damit sich solche Zustände nicht verfestigen sind wir alle gefragt. Die BürgerInnen müssen diesem System auf allen Ebenen entgegenwirken. Zum Beispiel durch Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Wahlen, Leserbriefe und vielem mehr.

Die Menschen haben eine Sehnsucht nach politischer Anständigkeit. Das zeigt der sensationelle Wahlerfolg der KPÖ in Graz. Das gibt Hoffnung.



KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld,
Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Ideen für den Hauptplatz



Den Winter über wäre Zeit sich Gedanken um die künftige Nutzung des Hauptplatzes zu machen.

Schon von mehreren Seiten wurde an uns der Wunsch nach einer Beschattung des Spielplatzes am Hauptplatz herangetragen. KPÖ-Gemeinderätin Sylvia Lammer hat dieses Anliegen bei der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht. GR Klaus Wallner berichtete, dass über verschiedene Lösungen nachgedacht werde.

Autofreier Hauptplatz

Gemeinderätin Lammer regte auch an, den Winter zu nützen um sich Gedanken über den autofreien Hauptplatz zu machen. Das wäre ein Wunsch vieler KnittelfelderInnen. Der Bürgermeister erklärte, dagegen gäbe es massive Einwände von Seiten der Gewerbetreibenden. Wir meinen, man könnte damit beginnen den Hauptplatz zumindest an den Wochenenden ab Samstag Mittag autofrei zu machen und dann auf Basis der dabei gemachten Erfahrungen weitere Entscheidungen treffen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Mezlenyi
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 19. Jänner

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 11.00 bis 13.00 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Impressum: Medieninhaber,
Herausgeber, Verleger: KPÖ-
Knittelfeld, Friedensstraße 10,
8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt
verantwortlich: Renate Pacher.
Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckereignisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr.744, 8720 Knittelfeld

Neue Jets statt weniger Flüge?

Leider ist die Lebensqualität in unserer schönen Region durch Lärm (Schnellstraße, Eisenbahnverkehr, Red Bull Ring, Fliegerhorst Hinterstoisser...) stark beeinträchtigt. Die Belastung ist oft unzumutbar.



Es ist eindeutig erwiesen, dass Lärm die Gesundheit schädigt und zu schweren Krankheiten führen kann. Deshalb ist es dringend nötig aktiv zu werden, um eine Verringerung der Lärmbelastung zu erreichen.

Wir haben den Antrag gestellt, der Gemeinderat solle das Verteidigungsministerium auffordern eine Halbierung aller Flugbewegungen (sowohl Einsatz und Trainingsflüge der Eurofighter, als auch jene aller anderen Fluggeräte) vom und zum Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg zu veranlassen.

Eigentlich hätten wir erwartet, dass unser Antrag zumindest von der SPÖ positiv aufgenommen wird. Immerhin hat Bürgermeister Harald Bergmann vor den Gemeinderatswahlen mit der Aussage „Lärm macht krank“ ein Foto von sich – versehen mit Gehörschutz – gepostet und versprochen, dass sich die Stadtgemeinde Knittelfeld „gemeinsam gegen eine noch größere Lärmbelastung aussprechen“ werde.

Statt auf Grundlage unseres Antrags eine Verringerung der Flugbewegungen zu fordern, stellten SPÖ, ÖVP und FPÖ stattdessen gemeinsam den Antrag, das Verteidigungsministerium solle als Ersatz für die SAAB 105 neue „adäquate Jets“ ankaufen, diese in Linz-Hörsching stationieren und dadurch die Lärmbelastung im Murtal verringern.

Ich war von Beginn an in der Bürgerinitiative gegen den Ankauf der Draken aktiv. Ich habe die vielen gebrochenen Versprechen rund um die Stationierung von Abfangjäger im Aichfeld miterlebt. So gibt es heute weder die zugesagte Aufteilung der Flugbewegungen auf ganz Österreich, noch die versprochenen Arbeitsplätze durch Betriebsansiedelungen im Zuge der Eurofighter-Gegengeschäfte, oder gar den versprochenen „Luftfahrtcluster“.

Die SPÖ hat lange die Meinung vertreten, dass eine Luftraumüberwachung auch ohne Abfangjäger möglich sei und eine Nationalratswahl mit dem Versprechen gewonnen aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen.

Heute stellt der Klimawandel die Existenz der Menschheit in Frage. Deshalb ist es dringend nötig auch die klimaschädigende Rolle von Rüstung und Militärbetrieb ins Bewusstsein zu rücken. Die Zukunft unseres Bundesheeres sollte in der Hilfe bei Katastrophen statt bei teuren Auslands- und Flugeinsätzen liegen.

Als Antwort auf die neuen Herausforderungen nicht weniger Flugbetrieb - und damit weniger Flugkosten, Lärm und Abgase - den Ankauf neuer Jets zu fordern, ist besonders für die Sozialdemokratie ein Armutszeugnis...

...meint Ihre KPÖ-Gemeinderätin Sonja Karimi